

# Archivale des Monats März

I B - BD - 2111/23

Düsseldorf, den 15. Juli 1986

1. Vermerk:

Betr.: Telefonanlage im Büro des Ministerpräsidenten

Im Rahmen der Neubeschaffung einer Telefonanlage für den Bereich der Staatskanzlei, des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales wurde im Jahre 1981 auch eine neue Telefonanlage für den Bereich des Ministerpräsidenten beschafft, die seinerzeit auf die besonderen dienstlichen Bedürfnisse des Herrn Ministerpräsidenten zugeschnitten wurde.

In letzter Zeit (seit ca 1 Jahr) ist diese Anlage häufig ganz oder in Teilfunktionen ausgefallen. Dies hatte zur Folge, daß der Ministerpräsident teilweise gar nicht mehr telefonieren konnte, in anderen Fällen brauchen Telefonate mitten im Gespräch zusammen. Auch konnten aus dem Bereich der beiden Vorzimmer teilweise Gespräche nicht zum Ministerpräsidenten bzw. zum Leiter der Gruppe MB weitergeleitet werden. Zwischenzeitlich sind diese Störungen so verstärkt aufgetreten, daß teilweise ein ordnungsgemäßer Ablauf der Dienstgeschäfte nicht mehr zu gewährleisten ist. Der Ministerpräsident sowie Frau Bermel haben zumindest zwischenzeitlich je einen ganz normalen Telefonapparat mit einer anderen Nummer bekommen. So kann bei einem weiteren Ausfall der Anlage zumindest von diesen beiden Apparaten telefoniert werden.

Sowohl die Firma SEL als auch die Firma Reichert, Essen, die 1981 die Konzeption der Anlage im Auftrag von SEL erarbeitet hat, als auch der Fernmeldetechnische Dienst der Landesregierung waren in Zusammenarbeit mit dem Staatshochbauamt bisher nicht in der Lage, die Anlage so zu reparieren, daß Ausfälle vermieden werden konnten.

Nach Auskunft des Staathochbauamtes - Herrn Dahlhaus - wird die Funktionsfähigkeit der Anlage nicht mehr hergestellt werden können. Eine schriftliche Bestätigung hierzu wird durch das Staatshochbauamt erfolgen.

*Zwei Schreiben vom 10.7.86*  
Auf Weisung des Herrn Ministerpräsidenten soll nunmehr noch in dieser parlamentarischen Sommerpause eine neue Telefonanlage eingebaut werden.

Am 2. Mai 1984 hat Herr Dipl.-Ing. Bagner von der Firma Siemens in der Staatskanzlei unter Beteiligung des Staatshochbauamtes und des Fernmeldetechnischen Dienstes der Landesregierung die jetzige Anlage und insbesondere die Leistungsmerkmale dieser Anlage begutachtet, um der Staatskanzlei ein entsprechendes Angebot vorzulegen. Dieses Angebot ist am 11. Juni 1986 hier eingegangen. Das Angebot war jedoch in seiner gesamten Konzeption unklar und teilweise undurchschaubar und *auch* durch das Staatshochbauamt nicht nachprüfbar. Nach Rücksprache mit Herrn Bagner wurde dann ein neues Angebot vorgelegt. Das Angebot ist am 4. Juli 1986 eingegangen. Der Gesamtpreis für die Anlage beträgt hiernach 68.075,00 DM. Nach dem Angebot beträgt die Lieferzeit für die Anlage ca. 6 Monate.

Die Firma SEL in Neuss hat mit Datum von 28. Mai 1986 - hier eingegangen am 2. Juni 1986 - ebenfalls ein Angebot für eine entsprechende Anlage vorgelegt. Der Gesamtpreis für diese Anlage beträgt 45.305,00 DM.

Die Lieferzeit beträgt nach diesem Angebot ca 10 Monate.

Beide Angebote enthalten in etwa die gleichen Leistungsmerkmale. Beide Firmen haben bereits erklärt, evtl. Änderungswünsche selbstverständlich noch berücksichtigen zu können. Die Preise dürften sich hierdurch nicht wesentlich ändern. Die Angebote wurden am 7. Juli 1986 per Boten dem Staatshochbauamt Düsseldorf übersandt. Wie Herr Dahlhaus zwischenzeitlich mitteilt, wird

die Firma SEE frühestens in 5 Monaten eine entsprechende Anlage liefern können.

Von der Firma Siemens gingen am 11. Juli 1986 per Telefax zwei Schreiben bei dem Staatshochbauamt Düsseldorf ein. Hiernach ermäßigt sich zunächst der Preis für die Anlage auf 45.543,00 DM. Ebenfalls wird mitgeteilt, daß die Anlage bis zum 28. Juli 1986 geliefert werden kann, wenn der Auftrag bis zum 15. Juli 1986 erteilt wird.

Entsprechende Mittel stehen bei Titel 812 00 noch zur Verfügung. Diese Mittel sind zwar ursprünglich für weitere Ersteinrichtungskosten der Parlamentarischen Staatssekretärin sowie im Bereich weiterer personellen Verstärkungen der Staatskanzlei vorgesehen. Hierfür müßten dann jedoch evtl. zu gegebener Zeit überplanmäßige Mittel beim Finanzminister beantragt werden. Der entsprechende Auftrag soll nunmehr über das Staatshochbauamt Düsseldorf an die Firma Siemens erteilt werden. Der Auftrag soll gemäß § 3 Abs. 4 Buchst. f freihändig vergeben werden. Es handelt sich um eine besonders dringliche Leistung, die in der entsprechenden Zeit nur von der Firma Siemens erbracht werden kann. Eine entsprechende Bestätigung hierzu wird durch das Staatshochbauamt Düsseldorf erfolgen.

+++

2.

## **„Offline“ anno 1986**

Früher war alles besser? Technische Geräte viel langlebiger? Keine Funklöcher? Nicht unbedingt. Selbst Ministerpräsident Johannes Rau war 1986 wegen häufiger Störungen der Telefonanlage in der Staatskanzlei nicht immer erreichbar. Und das obwohl die Anlage für das Büro des Ministerpräsidenten erst 1981 vollständig erneuert worden war. Ein Blitzeinschlag hatte die Anlage ein Jahr zuvor beschädigt. Seitdem kam es immer wieder zu Ausfällen, die dazu führten, dass Telefongespräche nicht angenommen oder geführt werden konnten oder die Verbindung mitten im Gespräch abbrach. Diese Störungen wurden im Frühjahr 1986 so häufig, dass ein ordnungsgemäßer Ablauf der Dienstgeschäfte nicht mehr gewährleistet werden konnte.

Weder die Firma, die die Telefonanlage installiert hatte, noch der Fernmeldetechnische Dienst der Staatskanzlei bzw. das Staatshochbauamt Düsseldorf sahen sich in der Lage, die Anlage so zu reparieren, dass Ausfälle vermieden werden konnten. Der Einbau einer neuen Anlage sollte während der parlamentarischen Sommerpause geschehen. Die Staatskanzlei stand nun vor dem nächsten Problem: Die meisten Firmen beanspruchten eine Lieferzeit von mindestens fünf Monaten! Doch die Zeit drängte. Der Herr Ministerpräsident muss erreichbar sein!

Schließlich Ende gut, alles gut: Die Firma Siemens konnte rechtzeitig eine neue Anlage liefern, die am 16. September 1986 in Betrieb genommen wurde. Die ausgemusterte Telefonanlage wurde vom Kultusministerium übernommen.

[Abbildung: Vermerk des Persönlichen Referenten des Ministerpräsidenten vom 15. Juli 1986, LAV NRW R, NW 740 Nr. 97]